

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 2

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Breschnew-Doktrin gilt

Der polnische Parteitag vom Dezember hat erwartungsgemäss keine Veränderungen erkennen lassen, doch ist gerade die unveränderte Blockpolitik des Sowjetlagers, die bei dieser Gelegenheit bestätigt wurde, insofern vermerkwürdig, als sie die Resultatlosigkeit der westlichen Entspannungsbemühungen aufzeigt.

KP-Kongresse in den kleineren Ostblockstaaten machen im Westen meist nur dann Schlagzeilen, wenn wesentliche personelle Änderungen in den Führungskollektiven Erwartungen auf Richtungsänderungen beleben. So ist auch der polnische Parteitag, der Parteichef Gierek in seinem Amte bestätigte, wenig beachtet vorübergegangen. Aber die Ausführungen der Hauptredner waren doch aufschlussreich.

Der Abschluss von Helsinki (KSZE) liegt erst wenige Monate zurück; der Parteikongress der KPdSU steht im Februar bevor; die Konferenz der europäischen KPs wird ihm voraussichtlich bald nachfolgen. Grund genug für die Regie, vorsorglich Weichen zu stellen. Ueberdies war Breschnew prominentester Redner in Warschau. Was er sagte, liess an Klarheit nichts zu wünschen übrig: Nicht der Osten, sondern der Westen, so betonte er, vergifte die Atmosphäre, die nötig wäre, um die Beschlüsse von Helsinki zu verwirklichen; stattdessen betreibe der Westen eine Kampagne der Desinformation und Verleumdung. Dabei zielte Breschnew offensichtlich auf die westliche Empörung über Moskaus flagrante Einmischung in den angolanischen Bürgerkrieg sowie auf das westliche «Unverständnis» darüber, dass Moskau eine schlechthin entspannungsfeindliche Rüstungspolitik betreibt und seine Regimegegner in einer den Menschenrechten hohnsprechenden Weise mundtot macht. China wurde von Breschnew, Gierek und Honeker mit neuen Angriffen bedacht. Eindringlichst wies Breschnew darauf hin, dass die «unvergängliche Einheit der Standpunkte der sozialistischen Gemeinschaft» kompromisslos gewahrt bleibe.

Damit hat der sowjetische Parteichef die unveränderte Gültigkeit der nach ihm benannten Doktrin betont. Jedem Gedanken an einen «eigenen kommunistischen Weg» wurde damit erneut eine Absage erteilt. Gierek musste selbstverständlich in die gleiche Kerbe schlagen.

Nur einen einzigen schmalen Pfad gewisser Eigenständigkeit dürfen die kleineren Ostblockstaaten beschreiten: Den Abschluss vorteilhafter Handels- und Kreditverträge mit westlichen Staaten, weil eine solche Westhilfe im dringendsten Eigeninteresse des Ostens liegt. ■

Für staatliche Ehevermittlung

Die Schaffung einer staatlich organisierten Ehevermittlung hat der bekannte DDR-Sexualwissenschaftler Siegfried Schnabl in der Ost-Berliner Illustrierten «Für Dich» gefordert. Es gebe in der DDR viele Menschen, die «in ihren Wünschen nach Eheglück frustriert» seien, weil sie keinen geeigneten Partner fänden. Ihnen dürfe die gesellschaftliche Unterstützung bei der Familienbildung nicht versagt werden.

Die sehr zahlreich in DDR-Zeitungen erscheinenden Heiratsanzeigen sind nach Ansicht

Schnabls nicht der «optimale Modus der Eheanbahnung», denn das Inserat sei ein «Glücksspiel», an dem überdies manchmal «Falschspieler mit unlauteren Motiven» teilnahmen. Deshalb sei es an der Zeit, darüber zu diskutieren, wie eine organisierte Ehevermittlung mit optimalem Effekt zu verwirklichen sei. Dabei müssten wissenschaftliche Erkenntnisse über die Partnerpsychologie ebenso verwertet werden wie methodische Erfahrungen anderer Länder. Regionale Modellversuche müssten den Anfang machen.

Als Variante zur staatlichen Heiratsagentur schlug Schnabl die Einrichtung von Klubs oder Interessengemeinschaften bei den örtlichen Eheberatungsstellen vor. Mitglied dürfe nur werden, wer den «ernsthafte Wunsch nach Partnerschaft» habe. Ein diskretes, individuelles Aufnahmeverfahren müsse verhindern, dass «Abenteurer und Neugierige» in diese Klubs gelangen.

Mehr Atomkraftwerke

Die Sowjetunion ist im Begriff, ein ganzes Netz von Atomkraftwerken aufzubauen. Sie sollen vor allem in den bevölkerungsreichsten europäischen Landesteilen entstehen. Dort lohnt sich der Bau von Wasser- und Heizkraftwerken weniger, weil

es an Energieressourcen fehlt, die billig ausgenutzt werden könnten.

Laut einer Darstellung des Leiters der Abteilung für Atomkraftwerke im Ministerium für Elektroenergie der UdSSR, A. Grigorjanz, soll sich in den kommenden Jahren der Bau von Atomkraftwerken vor allem auf die europäischen Teile des Landes konzentrieren. Im Laufe des abgeschlossenen Fünfjahresplanes (1971—1975) wurden mehrere Atomkraftwerke mit beachtlichen Kapazitäten errichtet. Insgesamt erhöhte sich die totale Leistung dieser Kraftwerke von den 4 Mrd. kW des Jahres 1970 auf 22 Mrd. kW im Jahre 1975. Im Jahre 1974 konnte die erste Stufe des *Lenin-grader* Atomkraftwerkes mit einer Leistung von 2 Mio. kW in Betrieb genommen werden. Das Atom- und Wärmekraftwerk in *Bilbino*, das erste dieser Art auf der Welt, nahm seine Tätigkeit bereits auf. Demnächst sollen auch die 400 000-kW-Generatoren des *armenischen* Atomkraftwerkes mit der Stromerzeugung beginnen. In den Atomkraftwerken von Kursk und *Nowoworonesch* stehen die neuen, je 1-Mio.-kW-Generatoren ebenfalls vor ihrer Fertigstellung. Laut Plan sollen die Atomkraftwerke bei *Leningrad*, *Kursk*, *Tschernobyl*, *Smolensk*, *Kalinin* sowie diejenigen in der *Westukraine* über eine Endkapazität von 2 bis 4 Mio. kW verfügen. ■

Auch Hitler sprach vom Frieden

Aus einer Rede des chinesischen UNO-Delegierten

Unter dem Titel «Sowjetische ‚Abrüstungs‘vorschläge dienen der Verschleierung der Kriegsvorbereitungen» hat die «Peking Rundschau» eine Rede veröffentlicht, die der chinesische UNO-Delegierte Huang Hua zur Abrüstungsfrage hielt. In seinen Ausführungen weist er darauf hin, dass die Sowjetunion dem Beispiel Hitlers folgt, wenn sie ihre Kriegsvorbereitungen mit Friedensparolen tarnt. Insbesondere sagte Huang Hua:

«In seiner Vorbereitung auf einen neuen Krieg setzt der Imperialismus unvermeidlich schönklingende Worte wie ‚Frieden‘ ein. Was er damit will, ist die Völker zu täuschen. ‚Frieden‘, ‚Entspannung‘, ‚Sicherheit‘, wie sie heute von Imperialismus und Sozialimperialismus marktschreierisch feilgeboten werden, sind in Wirklichkeit heuchlerische Phrasen, die ihre Kriegsvorbereitungen zudecken sollen.

Versicherte nicht Hitler damals der ganzen Welt, er sei völlig bereit, alle Offensivwaffen aufzugeben, alle seine Truppen aufzulösen und den Frieden in Europa zu garantieren? Aber nicht lange darauf brach Hitler den Zweiten Weltkrieg vom Zaun.

Jetzt, da die Supermächte einander heftig Konkurrenz machen und wie toll aufrüsten, wird es, geht es so weiter, eines Tages zu einem Krieg zwischen ihnen kommen. Das ist unabhängig vom menschlichen Willen. Blickt man der Realität ins Auge und geht man ihr nicht aus dem Weg, kann man unschwer erkennen, dass sich in den letzten Jahren die Kriegsgefahr erhöht hat und nicht verringert. Die Supermächte bereiten sich sowohl auf einen nuklearen Krieg als auch auf einen konventionellen Krieg vor. Warum sonst entwickeln die Supermächte, die bereits über grosse Kernwaffenarsenale verfügen, angestrengt konventionelle Waffen? Und warum

sonst stiegen die sowjetischen Truppen von etwa drei Millionen Mann vor einigen Jahren plötzlich und rapide auf mehr als vier Millionen Mann an? Die Rivalität der beiden Supermächte um die Hegemonie weitet sich auf alle Teile der Welt aus, aber der Schwerpunkt ihres Ringens ist Europa.

In der gegenwärtigen Welt sind nur die zwei Supermächte fähig, einen Dritten Weltkrieg zu entfesseln. Sie sind die Quelle eines neuen Weltkrieges, und die Gefahr kommt hauptsächlich vom ungeheuer ehrgeizigen Sozialimperialismus, der zwar ein Nachzügler ist, aber am schnellsten das Tempo der Aufrüstung beschleunigt. Es ist sehr gefährlich, leichtgläubig auf die betrügerische Propaganda der Supermächte über Entspannung und Abrüstung hereinzufallen und die Friedenshoffnungen mit der Realität zu verwechseln. Sich auf das ‚Gleichgewicht der Kräfte‘ oder auf das sogenannte ‚Gleichgewicht des Schreckens‘ zu verlassen, um den Status quo aufrechtzuerhalten, hiesse, wie wir in China sagen, ‚mit vergiftetem Wein den Durst löschen‘. Unserer Meinung nach ist es unumgänglich notwendig, den Völkern die Wahrheit über das Anwachsen der Kriegsgefahr zu sagen, damit die Völker ihre Wachsamkeit erhöhen. Ist einer gut vorbereitet, wird er sicher sein; ist er es nicht, wird er Schaden erleiden.» ■

Briefe

Staatsfeindlichkeit der Zeugen Jehovas?

Im «ZeitBild» Nr. 1, 7. Januar 1976, war unter der Rubrik Diskussion — Armeegegner und wird der Artikel «Eine Lanze für die Militärdienstverweigerer» abgedruckt. Darin schreibt Leopold Weil aus Zürich, dass die Zeugen Jehovas nicht nur das Militär ablehnen, sondern den weltlichen Staat als Ganzes. Ferner zieht er den Vergleich mit einer ultraorthodoxen Sekte in Israel und doppelt betreffend die «christlichen Bibelforscher» nach, sie lehnten den heutigen Staat als Obrigkeit ab.

Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Überall in der Welt — auch in kommunistisch beherrschten Ländern — halten sich Jehovas Zeugen an den Grundsatz der christlichen Neutralität (Johannes 17:16). Das bedeutet aber kei-

neswegs, dass sie den Staat als Obrigkeit ablehnen. Im Buch «Die Wahrheit, die zu ewigem Leben führt», von Jehovas Zeugen im Predigt-dienst benutzt, um Grundkenntnisse über die Bibel zu vermitteln, ist das Kapitel 18 überschrieben: «Der Gehorsam des Christen gegenüber dem Gesetz». Unter anderem wird da Römer Kapitel 13 besprochen und erklärt, dass die Regierung gebührend zu respektieren sei. P. R.

*

In der Tat ergibt sich aus dem von Ihnen zitierten Buch, dass die Zeugen Jehovas den weltlichen Staat keineswegs gesamthaft ablehnen. Sie anerkennen ihn nicht nur ausdrücklich in den meisten seiner Funktionen und Institutionen (Schulen, Verkehrswesen, Gerichte, Polizei), sondern sie gehen noch einen Schritt weiter und postulieren eine Loyalitätspflicht, die über das Einverständnis hinausgeht: «Warum sollte jemand, der mit dem, was die Regierung tut, nicht einverstanden ist, ... die Zusammenarbeit mit den Behörden verweigern...?» Ein Vorbehalt gilt freilich dort, wo nach der Ueberzeugung der Zeugen Jehovas (sie wird von ihnen nicht als Exklusivität, sondern als christliches Gewissen

verstanden) der Gehorsam gegenüber dem staatlichen Gesetz nur in Ungehorsam gegenüber dem göttlichen Gesetz möglich wäre. Dieser Punkt mag interpretierbar sein, aber eine prinzipielle Ablehnung des sekulären Staates enthält er um so weniger, als diese ausdrücklich zurückgewiesen wird, unter anderem mit dem Hinweis auf diesbezügliche frühere Irrtümer auch bei Glaubensbrüdern. Das zeigt einerseits, dass sich die Frage unter den Zeugen Jehovas stellte, andererseits aber auch, dass sie als beantwortet betrachtet wird. Und zwar im Sinne einer generellen, aber nicht vorbehaltlosen Loyalitätspflicht dem Staat gegenüber. Und das ist eine Einstellung, die — wenn auch nicht unbedingt in Befolgung der gleichen konkreten Kriterien — auch andere Leute haben können. Ich würde zum Beispiel einem totalitären Staat gegenüber keine Loyalitätspflicht empfinden, auch wenn er mich polizeilich zur Einhaltung seiner Gesetze bringen könnte.

*

Bei der Gelegenheit: Ich habe im betreffenden Beitrag der letzten Nummer einen falschen Zwischentitel eingeschoben: Die im Text erwähnte Unterstützung französischer Pazifisten durch die deutsche Wehrmacht bezog sich auf den Ersten Weltkrieg und konnte deshalb nicht von den Nazis stammen. Allerdings dürften diese später die französischen Pazifisten auch als nützlich empfunden haben. Und seither hat uns der totalitäre Umgang mit Pazifisten weitere Erfahrungen beschert. cb

Preiserhöhungen in Ungarn

Ungarn hat das Jahr 1976 mit massiven Preiserhöhungen angefangen. Neben den bereits 1975 erfolgten Verteuerungen im industriellen Konsumsektor sind nun auch die Preise primärer Lebensmittel heraufgesetzt worden.

Den grössten Preisanstieg hat mit 50 Prozent der Zucker zu verzeichnen. Die Preise der mit Zucker hergestellten Lebensmittel, wie Konserven, Süßwaren und Schokoladen, bleiben dagegen unverändert. Das daraus entstehende Defizit der Lebensmittelindustrie wird mit staatlichen Subventionen aufgefangen. Für die Süßwaren der Gaststätten und Konditoreien sind keine Preisstützungen vorgesehen, weshalb sie sich entsprechend verteuern. Unverändert sollen auch die Preise von Speiseeis und Mokka kaffee bleiben.

Seit Januar 1976 haben sich die Baumaterialien um 22 Prozent, die Möbel um 3,4 Prozent, die Schreibwaren — mit Ausnahme der Schulausrüstungen — um 10 bis 15 Prozent verteuert. Ebenso steigen auch die Tarife aller Postsendungen ins Ausland, der inländischen Warenbeförderung und des Personenverkehrs auf den internationalen Expresszügen. Für Bitumen, Motoröl sowie Fleck- und Lackbenzin bewegt sich der Preisanstieg um 10 bis 15 Prozent.

Besonders schwer wird die Bevölkerung die für den 1. Juli 1976 vorgesehene äusserst drastische Erhöhung der Fleisch- und Fleischwarenpreise um 32 bis 35 Prozent treffen. Das gleiche gilt auch für Geflügel und Fische, immerhin in etwas geringerem Ausmass.

In Zusammenhang mit der bereits 1975 erfolgten Preiserhöhung zahlreicher Konsumwaren und der gegenwärtigen Verteuerung mehrerer primärer Lebensmittel ist es nicht uninteressant, einen Artikel der Ungarischen Telegraphenagentur («Budapress», 7. 8. 1975) in Erinnerung zu rufen, wo über die Preiserhöhungen folgendes zu lesen war:

«In einem sozialistischen Gesellschaftssystem ist es unzulässig, dass eine Inflation die Werktätigen benachteiligt. Die Verbraucherpreise dürfen nicht den Preisschwankungen von Konjunktur oder Inflation auf dem Weltmarkt unterworfen sein. Partei- und Staatsführung sind auch unter den zweifellos ungünstigen weltwirtschaftlichen Umständen nicht gewillt, auf eine weitere Verbesserung der Versorgung und des Lebensniveaus der Bevölkerung zu verzichten. Der Schlüssel dazu ist das stabile Preissystem.» sc

In Kürze

In der DDR hat die «Deutsche Lehrerzeitung» die Arbeit von Erziehungsberatungsgruppen an den Schulen kritisiert. Diese Stellen sollten eigentlich Lehrer und Eltern darin unterstützen, Erziehungsschwierigkeiten zu überwinden, lassen sich aber anscheinend zur Amtsanmassung verführen. Die Beraterorgane, so hält die pädagogische Zeitung fest, fühlten sich vielfach als «Schulgerichte», die zur Vorladung von Eltern und Schülern sowie zur Verhängung von Massnahmen zuständig seien. Im Ergebnis führe das bloss dazu, dass die Aversionen der betroffenen Kinder und ihrer Eltern verfestigt würden.

Die Bevölkerung in der DDR nimmt weiter ab. Wie aus jetzt veröffentlichten Daten der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über die Bevölkerungsentwicklung hervorgeht, ist das Geburtendefizit in den ersten acht Monaten im Jahre 1975 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gewachsen. Während von Januar bis August 1974 in der DDR etwa 27 100 Menschen mehr starben als geboren wurden, erhöhte sich der sogenannte Sterbeüberschuss im letzten Jahr auf über 40 000. Nach vorläufigen Angaben der Zentralverwaltung starben in den ersten acht Monaten des Jahres 1975 164 567 Menschen, während 123 815 geboren wurden. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der Lebendgeborenen leicht um 1105 zu, die der Gestorbenen dagegen um 14 723.

Seit Ende der sechziger Jahre ist die Bevölkerungszahl der DDR ständig zurückgegangen. Ende 1974 hatte die DDR nur noch 16,891 Millionen Einwohner. ■

ZETBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion — Administration — Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar- und Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

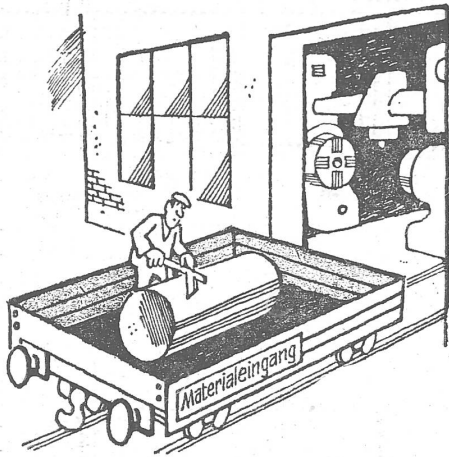
Fr. 34.— jährlich (Ausland Fr. 37.—, DM 34.—)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.—

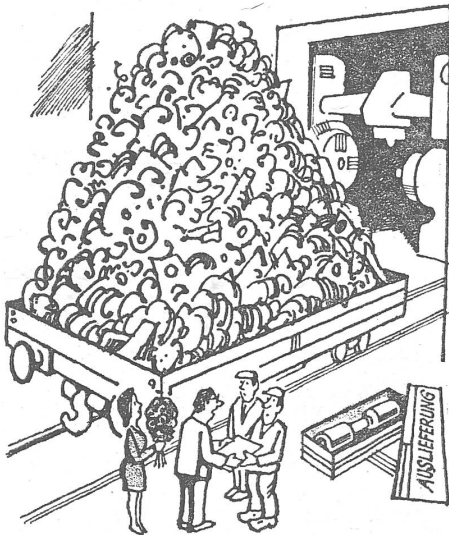
(Ausland Fr. 23.—, DM 20.—)

Halbjahr Fr. 18.— (Ausland Fr. 20.—, DM 18.—)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.—, DM 1.50)



«Zwar bringen uns die nicht massgerechten Anlieferungen eine Menge Zusatzarbeiten und Ueberstunden...



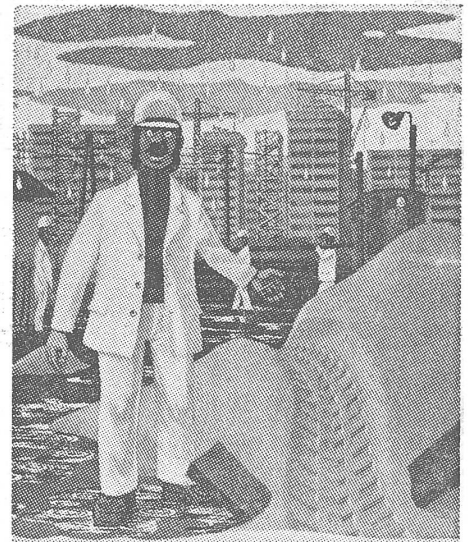
... dafür aber auch die Möglichkeit, die Uebererfüllung unseres Schrottplans mit einer schönen Prämie zu beiohnen.»

«Eulenspiegel», Ostberlin Schwarze Magie

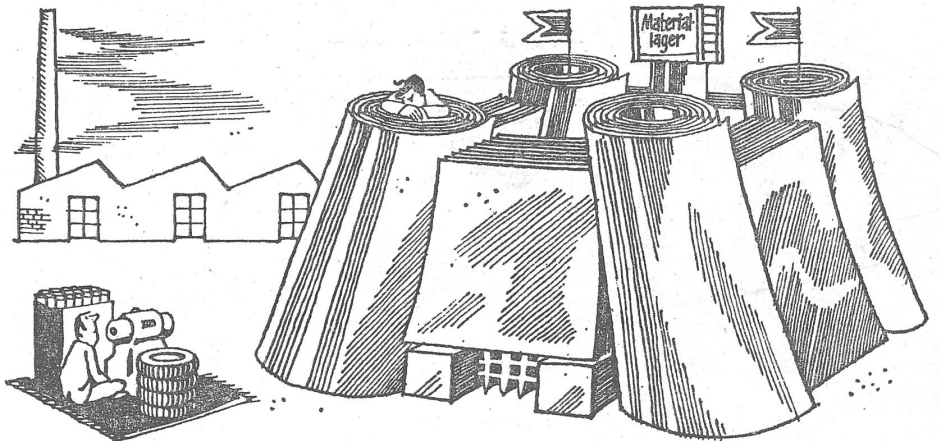
Rechenaufgabe

Als Transportarbeiter hat es Ede wahrlich nicht leicht. Trotzdem fällt ihm der Heimweg häufig recht schwer. Gestern schleppte er beispielsweise eine Rolle Kupferdraht (10 kg), eine Werkzeuggarnitur (5 kg) und eine Löt-lampe (2 kg) in einer handfesten Schweins-ledertasche (1/2 kg) zum Werktor hinaus. Was macht das zusammen?

Weil es niemand bemerkte, noch nicht einmal eine Verhandlung vor der Konfliktkommission!



«Kinder, aast nicht so mitn Material, denkt an den Garagenbau nach Feierahmt!» (Denn nach Feierabend beginnt die Schwarzarbeit, und dann muss das dafür abgezweigte Material in Ordnung sein.)



«Na, ihr vom Nachbarbetrieb, was habt ihr so zum Tausch anzubieten?» (Der inoffizielle, aber effektive Weg der Materialbeschaffung.)

SCHWEIN GEHABT

Wenn man unseren Werkseingang betreten hat und zum Verwaltungsgebäude will, führt der Weg am Zaun entlang, der uns vom Nachbarbetrieb trennt. Mein lieber Mann – da können einem die Augen ganz schön übergehen, was es da zu sehen gibt. Mit dem Zaun fängt es schon an. Durch die Löcher könnte ein Möbelwagen fahren, ohne anzuecken. Dahinter vergammeln Kisten und Kartons. Ein Gabelstapler liegt mit Schlagseite auf Gußteilen, die sich mit ein paar Dutzend Kabelrollen vermischen. Früher muß das wohl ein Abstellplatz für Glasplatten gewesen sein, denn sonst könnte sich kaum jemand die Millionen Scherben erklären. Wenn die Sonne draufscheint, glitzert es an dieser Stelle wie in der Antarktis. Von dem miesen Tümpel, der in seinen besten Jahren als Löschteich diente, will ich gar nicht erst reden. Mein Kumpel Meier sagt bei seinem Anblick jedesmal: „Wenn sich da mal eine Ente drauf verirrt, muß sie hinterher chemisch gereinigt werden!“ Das stimmt. Der Geruch beißt schrecklich in die Nase. Dennoch muß ich sagen, daß der Nachbarbetrieb trotz allem gewaltiges Schwein hat, ohne das er gegen unseren Betrieb ganz schön abstinken würde. Aber zum Glück sieht es bei uns genauso aus!

Alfred Schiffers



«Der Plan ist sogar übererfüllt. Nur die Nägel für die Versandkisten waren vertraglich nicht abgesichert, und so können wir leider nicht liefern.»